

<b>Änderungsantrag</b>	Datum	Nummer
Öffentlich	19.03.12	
Absender		
Fraktion Piratenpartei Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat		
Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	20.03.12	
Betreff		
Zum Tagesordnungspunkt „Fracking“: <b>Resolution gegen Fracking in Braunschweig</b>		

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschliessen, dass sich die betroffenen Gremien **über die Beschlussfassung zur dem Rat vorliegenden Resolution hinaus** inhaltlich weitergehend mit den Vorhaben zur Erdgassuche und -förderung mittels Fracking-Technologie beschäftigen.

Der Rat der Stadt möge die Weiterberatung der geplanten Vorhaben im Planungs- und Umweltausschuss sowie dem Wirtschaftsausschuss beschliessen.

**Begründung:**

Der dem Rat vorliegende interfraktionelle Resolutionsantrag kann von diesem zum jetzigen Zeitpunkt verabschiedet werden, da hiermit keine inhaltlich abschließende Bewertung des Rates verbunden ist.

In der beantragten interfraktionellen Resolution wurde zur Herstellung eines größtmöglichen Konsens unter den Ratsmitgliedern auf die Forderung nach einem Verbot von Fracking – wie einstimmig in Osnabrück beschlossen – verzichtet. Vielmehr ist in der beantragten Resolution eine klare Interessenabwägung und das vorläufige Aussetzen der Aufsuchungserlaubnis und des Genehmigungsverfahrens vorgesehen, die dem Schutz von Mensch, Umwelt und Trinkwasser dient.

Die interfraktionell beantragte Resolution stellt daher eine Forderung nach einem Moratorium an die Landesregierung sowie nach einer sachlich sinnvollen Beteiligung- und Einvernehmenserzielung dar, die diesen lebenswichtigen Interessen dient, zu deren Schutz auch der Rat der Stadt und seine Mitglieder eine besondere Verpflichtung tragen.

Nach unserer Auffassung dürfen keine weiteren Fakten geschaffen werden, bevor nicht eine gewissenhafte Prüfung und transparente Beteiligung in Bezug auf die geplanten Vorhaben und vorallem die risikoreiche Fracking-Technologie erfolgt ist. Eine solche Prüfung muss selbstverständlich auch weitergehend in den betreffenden Ausschüssen des Rates erfolgen und bleibt durch die Resolution völlig unbenommen. Wir verweisen im Übrigen auf die diesem Änderungsantrag beiliegende Stellungnahme des Bundesumweltamtes zum Thema Fracking, in dem auch dieses auf unzweifelhaft bestehende Probleme und Risiken beim Fracking hinweist.

Eine Vertagung, Verwässerung oder Verweisung der interfraktionell beantragten Resolution stellt in unseren Augen außerdem ein fatales Signal an die Landesregierung und umliegende Gemeinden dar, die ebenfalls betroffen sind. Wir weisen auch darauf hin, dass der Kreistag in Wolfenbüttel die Dringlichkeit in der Sache erkannt und auf Eilantrag hin einen einstimmigen Beschluss getroffen hat.

i. V. D. Plass

FRAKTION DER PIRATENPARTEI  
PLATZ DER DEUTSCHEN EINHEIT 1  
38100 BRAUNSCHWEIG